



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 2. März 2006 (07.03)
(OR. en)**

6878/06

**ENER 69
ENV 134
DEVG 54
RELEX 116
TRANS 53
ELARG 17
RECH 46
POLGEN 23**

VERMERK

| | |
|-----|---------------------|
| des | Generalsekretariats |
| für | den AStV |

| | |
|---------------|---|
| <u>Betr.:</u> | Schlussfolgerungen des Rates: "Eine neue Energiepolitik für Europa" Beitrag der Energieminister für die Tagung des Europäischen Rates im Frühjahr 2006 |
|---------------|---|

1. Die Delegationen erhalten anbei die vorgenannten Schlussfolgerungen in einer vom Vorsitz im Anschluss an eine Reihe von Sitzungen der Gruppe "Energie" erstellten Fassung. Dieser Text, zu dem noch Prüfungsvorbehalte bestehen, soll den Anliegen und Prioritäten aller Delegationen in ausgewogener und kohärenter Weise im Hinblick auf die drei Pfeiler der Energiepolitik gerecht werden¹.
2. Dieser Beitrag für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates ist wie folgt aufgebaut:
 - I. Einleitung
 - II. Grundprinzipien
 - III. Prioritäre Maßnahmen
 - IV. Weiteres Vorgehen

¹ Selbstverständlich wird mit der Billigung des beigefügten Beitrags laufenden sowie künftigen Beratungen über die Finanzinstrumente der Gemeinschaft nicht vorgegriffen.

3. Was die Wünsche einiger Delegationen nach zusätzlichen Elementen oder Prioritäten in Teilbereichen anbelangt, so sei daran erinnert, dass dieser Beitrag bereits angenommene detailliertere Schlussfolgerungen ergänzen soll, insbesondere die Schlussfolgerungen zu Klimaänderungen und Energieeffizienz (2005) und zu erneuerbaren Energien (2004); zu gegebener Zeit soll er in Bezug auf bestimmte Aspekte erweitert werden, wie Funktionieren des Binnenmarktes und Aktionsplan für Biomasse (Tagung des Rates "Verkehr, Telekommunikation und Energie" im Juni). Ferner wird darauf hingewiesen, dass der Rat auf seiner Tagung am 14. März eine umfangreiche Orientierungsaussprache über Energiefragen führen wird, so dass die Minister die Möglichkeit haben werden, Themen anzusprechen, die von den beigefügten Schlussfolgerungen nicht abgedeckt sind.
 4. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter wird ersucht, Einvernehmen über diesen Text herbeizuführen, damit der Text vom Rat am 14. März angenommen werden kann.
-

Schlussfolgerungen des Rates:

EINE NEUE ENERGIEPOLITIK FÜR EUROPA

Beitrag der Energieminister für die Tagung des Europäischen Rates im Frühjahr 2006

I. Einleitung

1. Das wieder erwachte Interesse an der Entwicklung einer neuen Energiepolitik für Europa resultiert aus dem Zusammentreffen mehrerer Faktoren, so unter anderem der anhaltend schwierigen Situation auf dem Öl- und Gasmarkt, insbesondere der zunehmenden Abhängigkeit von Importen und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit der Diversifizierung, der wachsenden Bedeutung der Klimaänderungen, dem Bedarf an erhöhter Transparenz auf den Energiemärkten und stärkerer Integration der nationalen Energiemärkte bei einer Liberalisierung des Energiemarktes, die kurz vor ihrem Abschluss steht. Diese Herausforderungen werden in einer Reihe von Mitteilungen der Kommission zu mehreren Aspekten der Energiepolitik (von den erneuerbaren Energien, dem Aktionsplan für Biomasse und der Energieeffizienz bis hin zum Wettbewerb und zum Funktionieren des Binnenmarktes) hervorgehoben. Sie finden auch Ausdruck in der Neuausrichtung der Tätigkeit der IEA im Zusammenhang mit dem Schwerpunkt der G8-Treffen 2005 und 2006 auf Energiefragen und der Intensivierung der Energiedialoge mit Drittländern.
2. In diesem Zusammenhang [begrüßen] die Energieminister [das Grünbuch der Kommission "Über eine sichere, wettbewerbsfähige und nachhaltige Energiepolitik für Europa", das einen differenzierten Ansatz bietet.]
3. Angesichts dieser Herausforderungen gehen die Energieminister folgendermaßen vor:
 - Sie fordern eine neu belebte Energiepolitik für Europa, die auf eine wirksame Gemeinschaftspolitik sowie auf Kohärenz zwischen den Mitgliedstaaten und Stimmigkeit des Handelns in den verschiedenen Politikbereichen ausgerichtet ist, und
 - sie legen Prioritäten fest und umreißen andere wichtige Maßnahmen, nachdem sie einige im Zentrum der Energiepolitik stehende Grundprinzipien bekräftigt haben.

II. GRUNDPRINZIPIEN

Diese neue Energiepolitik für Europa sollte

- auf ausgewogene Weise zu Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit (den drei Pfeilern) beitragen,
- Transparenz und Nichtdiskriminierung auf den Märkten gewährleisten,
- im Einklang mit den Wettbewerbsregeln stehen,

- im Einklang mit den öffentlichen Dienstleistungspflichten stehen,
- die Hoheit der Mitgliedstaaten über die Primärenergiequellen uneingeschränkt achten und
- die Mitgliedstaaten bei der Wahl des Energiemixes voll und ganz respektieren.

III. PRIORITÄRE MASSNAHMEN

1. Die Erwähnung eines bestimmten Bereichs berührt nicht die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen der EG und den Mitgliedstaaten. Soweit dies möglich ist, sind die Prioritäten in neue Maßnahmen (*kursiv gedruckt*), die in einem kürzeren Zeitraum durchzuführen oder einzuleiten sind, und laufende Maßnahmen, die noch abzuschließen sind (z.B. Durchführungsvorschriften) unterteilt. Dieser Abschnitt ist auf die Gemeinschaftsebene ausgerichtet, wobei angemerkt sei, dass bezweckt wird, dass auf nationaler Ebene Maßnahmen ergriffen werden, die mit den Gemeinschaftsmaßnahmen im Einklang stehen und diese unterstützen.

Die nachstehend aufgeführten Maßnahmen sind unter bestimmten Überschriften zusammengefasst, obwohl sie zu mehr als einer Zielsetzung beitragen können.

2. *Horizontale Maßnahmen*

- *Entwicklung einer Reihe von Analyseinstrumenten (Energiemodelle und regionale Szenarien; Indikatoren) und von Überwachungsinstrumenten in Zusammenarbeit mit anderen internationalen Einrichtungen und unter Vermeidung von Doppelarbeit, damit die EU ein Bild der langfristigen Liefer- und Nachfrageperspektiven für die EU und ihre Partner erhält.*
- *Stärkere Priorität für den Bereich Energie in den Budgets der Gemeinschaft für F,E&D, insbesondere innerhalb des Siebten Rahmenprogramms, Konzentration auf die Bereiche, die Herausforderungen für die EU darstellen, und gebührende Berücksichtigung der Förderung der Markteinführung von daraus resultierenden Technologien auch durch entsprechende Gemeinschaftsinstrumente².*
- Bewertung des Beitrags aller einzelnen Energiequellen³ zur Versorgungssicherheit und der beiden anderen Pfeiler der Energiepolitik sowie ihres Einflusses auf die Stabilität und die Nachhaltigkeit der Energieversorgung der EU.

² In dieser Hinsicht wird Kenntnis genommen von der Absicht der EIB, ihren Beitrag und den des Europäischen Investitionsfonds u. a. zu Maßnahmen auf dem Gebiet der Energieeffizienz und -sicherheit und der Diversifizierung der Energieversorgung zu erhöhen.

³ In dieser Hinsicht [wie von der Kommission angemerkt] könnte das Potenzial einheimischer erneuerbarer Energieträger hervorgehoben werden, sollte der Beitrag des Kohlesektors analysiert werden und muss eine transparente sowie objektive Diskussion über die künftige Rolle der Kernenergie in der EU für die Mitgliedstaaten, die diese Option weiter nutzen möchten, stattfinden.

3. Versorgungssicherheit

Die Versorgungssicherheit sollte weiterhin durch interne wie auch externe spezifische Maßnahmen sichergestellt werden. Gleichzeitig sei darauf hingewiesen, dass ein gut funktionierender Energiebinnenmarkt, ausreichende Verbindungen und weitere Fortschritte bei der Energieeffizienz und nachhaltigen Energie eine wichtige Rolle bei der Reduzierung der Lücke zwischen Nachfrage und Versorgungsaufkommen spielen.

3.1 Intern

- *Unter Hinweis auf die Tatsache, dass die Mitgliedstaaten in erster Linie für die innerstaatliche Nachfrage und für die Vermeidung von Überschneidungen mit bestehenden Mechanismen auf gemeinschaftlicher und internationaler Ebene zuständig sind, ist sicherzustellen, dass effiziente Auffangmaßnahmen und Koordinationsmechanismen für den Fall einer Versorgungskrise vorhanden sind.*
- Förderung der Entwicklung und Nutzung einheimischen Energiepotenzials und der Energieeffizienz.

3.2 Extern

- *Entwicklung eines gemeinsamen außen- und handelspolitischen Konzepts zur Unterstützung von energiepolitischen Zielen. Dieses gemeinsame Konzept ist besonders relevant gegenüber den Hauptpartnern der EU.*
- *Sicherstellung des Inkrafttretens des Vertrags über die Energiegemeinschaft (mit Südosteuropa) im Jahr 2006 und Prüfung der Ausdehnung der Mitgliedschaft oder der Grundsätze auf Nachbarländer.*
- Um die Energiesicherheitsziele zu erreichen, müssen die Mitgliedstaaten ihre Strategien zur Diversifizierung – sowohl der Lieferanten als auch der Transportrouten – intensivieren. Vor diesem Hintergrund sollten die Netzwerkinfrastruktur in Ost-West-Richtung, aber auch entlang einer Nord-Südachse und Flüssiggaseinrichtungen, die einen Beitrag zu dieser Diversifizierung leisten, zügiger fertig gestellt werden. Vorbehaltlich Wettbewerbsanforderungen sollte der Beitrag langfristiger Verträge sowohl unter dem Gesichtspunkt der Nachfrage als auch der Versorgung betrachtet werden.
- Ausweitung der Dialoge mit Drittländern, einschließlich Transitländern, Entwicklung eines gemeinsamen Rahmens zu diesem Zweck unter angemessener Beteiligung des Rates. Es ist an der Zeit, Dialoge zwischen Abnehmern und Erzeugern mit Dialogen zwischen den Abnehmern zu ergänzen. Es sollte gegebenenfalls geprüft werden, ob die Dialoge nicht effizienter in einem regionalen Kontext geführt werden können (z.B. mit der OPEC, Euromed oder der Region der nördlichen Dimension).

- Alle Gremien sollten zur Durchführung dieser Dialoge und zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit bestmöglich eingesetzt werden. In diesem Zusammenhang spielt der Energiechartavertrag eine Rolle, und es sollten Anstrengungen unternommen werden, um die Aushandlung seines Transitprotokolls zum Abschluss zu bringen und die Ratifizierung des Energiechartavertrags durch Russland sicherzustellen, so dass unter anderem das Investitionsklima in Russland und in den Transitländern zu verbessert wird.
- Angesichts der Rolle Russlands bei der gesamten EU-Energieversorgung sollte der Energiedialog zwischen Russland und der EU wieder belebt werden und zur Förderung der energiepolitischen Ziele der EU offener und wirksamer werden.

4. *Wettbewerbsfähigkeit*

- *Verbesserung des regionalen grenzüberschreitenden Austauschs und rascher Aufbau der regionalen Energie-Kooperation, wobei die Einbindung regionaler Energiemärkte in den EU-Binnenmarkt und dessen Weiterentwicklung insbesondere durch ausreichende Verbindungen gefördert werden soll.*
- *Gewährleistung einer vollständigen, wirksamen und transparenten Umsetzung der geltenden Rechtsvorschriften, unter anderem durch angemessene Kohärenz der Regulierung in den Mitgliedstaaten, und einer verstärkten Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den Regulierungsbehörden und den Netzbetreibern. Diese Umsetzung sollte mit den öffentlichen Dienstleistungspflichten im Einklang stehen, auch hinsichtlich eines erschwinglichen Energiezugangs bei denjenigen Mitgliedstaaten, die sich dafür entschieden haben, spezifische Vorschriften in dieser Hinsicht umzusetzen⁴.*
- Verbesserung der Planungsverfahren und der Koordinierung bei Investitionen, vor allem in Bezug auf grenzüberschreitende Verbindungsleitungen, Gasinfrastruktur und Flüssiggaseinrichtungen; Fertigstellung der technischen Vorschriften, die für eine einfachere Abwicklung des grenzüberschreitenden Handels mit Energie erforderlich sind, Verbesserung des Funktionierens der Flexibilitätsinstrumente des Gasmarktes, einschließlich Speicherkapazitäten, Netzzugang und Engpassmanagement auf dem Elektrizitätsmarkt.
- Verbesserung der Transparenz auf den Energiemärkten, sowohl für die Wirtschaftsbeteiligten als auch für die Endabnehmer.
- Schaffung eines kohärenten und integrierten Ansatzes für eine auf Wettbewerb ausgegerichtete Energiepolitik, auch durch Austausch bewährter Praktiken unter den Marktteilnehmern, einschließlich Netzbetreibern und Regulierungsbehörden.

5. *Nachhaltige Energie*

Die EU sollte zur Förderung nachhaltigerer Energie sowohl auf interner als auch externer Ebene tätig werden:

⁴ In diesem Zusammenhang wird auf die in Artikel 3 der Richtlinien 2003/54 und 2003/55 enthaltenen Bestimmungen verwiesen.

5.1 Intern

- *Aufforderung an die Kommission, 2006 einen weit reichenden und realistischen Aktionsplan als Rahmen für eine Weiterentwicklung der Energieeffizienz auszuarbeiten und dafür Sorge zu tragen, dass Energieeffizienz weiterhin eine wichtige Rolle in der europäischen Energiepolitik einnimmt.*
- *Rechtzeitiger Abschluss der Überprüfung des Emissionshandelssystems der EU, um seine Rolle zu stärken, damit die Ziele im Bereich Klimaänderungen auf kosteneffiziente Weise unter Berücksichtigung aller wichtigen Elemente erreicht werden. Diese Elemente sollten Folgendes beinhalten: Wettbewerbsfähigkeit, vor allem der energieaufwändigen Industrien, die Notwendigkeit, die langfristige Zuverlässigkeit bei der Systemgestaltung zu verbessern, die Auswirkung des Systems auf Versorgungssicherheit, Energieeffizienz, Energiemarkt und Preise, Energiemix, Wachstumspotenzial und industrielle Struktur der Mitgliedstaaten und eine Analyse nationaler Zuteilungspläne.*
- *Fortsetzung der EU-weiten Entwicklung erneuerbarer Energien über 2010 hinaus gemäß den Schlussfolgerungen des Rates vom November 2004 und Ausarbeitung von Vorschlägen im Rahmen des Aktionsplans für Biomasse.*
- Beitrag zum Abbau von legislativen und administrativen Hindernissen für einen Aufschwung im Bereich der erneuerbaren Energien durch einen erleichterten Zugang zum Netz, Beseitigung von Verwaltungsbarrieren und Gewährleistung von Transparenz, Effizienz und Zuverlässigkeit der Fördermaßnahmen
- Förderung weiterer messbarer Verbesserungen der Energieeffizienz vor allem im Verkehrssektor angesichts der wichtigen Rolle, die diesem Sektor in Bezug auf Energieeffizienz und Energieeinsparungen zukommt, durch Anwendung kosteneffizienter Instrumente, wobei freiwillige Vereinbarungen sinnvoll genutzt werden können. Die Verbesserung der Energieeffizienz trägt auch zur Kostenreduzierung für Unternehmen und Haushalte bei.
- Verstärkung der Reaktion auf der Nachfrageseite.
- Beitrag zur Entwicklung einer mittel- bis langfristigen EU-Strategie zur Bekämpfung der Klimaänderungen, unter Berücksichtigung der Wettbewerbsfähigkeit.

5.2 Extern

- In ihren Gesprächen – sei es mit Erzeuger- oder mit Verbraucherländern – sollte die EU geeignete Mittel erörtern, um gemeinsame energiepolitische Ziele zu erreichen, insbesondere durch die Entwicklung nachhaltiger und effizienter Energiesysteme und durch einen proaktiveren Ansatz bei der Bekämpfung der Klimaänderungen, auch durch Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz sowie die Umsetzung der Mechanismen des Kyoto-Protokolls, insbesondere des Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung.

- Um die Ergebnisse dieser Dialoge zu maximieren und den Zugang der Entwicklungsländer zu nachhaltiger Energie und damit verbundenen Technologien zu erleichtern, sollten Synergien mit internationalen Organisationen im vollem Umfang genutzt werden.
- Förderung der Harmonisierung von Energienormen für Produkte auf EU- und internationaler Ebene.

IV. WEITERES VORGEHEN

Im Lichte der vorangehenden Ausführungen ersuchen die Energieminister den Europäischen Rat um Billigung der folgenden Schlüsselaktionen zur Erfüllung der drei Ziele Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und ökologische Nachhaltigkeit:

1. Erarbeitung einer gemeinsamen Sicht der langfristigen Liefer- und Nachfrageperspektiven
2. Entwicklung eines gemeinsamen außen- und handelspolitischen Konzepts zur Unterstützung der energiepolitischen Ziele
3. Größere Versorgungssicherheit durch verstärkte Diversifizierung bei externen sowie einheimischen Energiequellen unter angemessener Förderung durch Gemeinschaftsinstrumente für Forschung und Entwicklung sowie durch gemeinsame Konzepte für Krisensituationen
4. Entwicklung einer Strategie für den "Export" des Energiebinnenmarkt-Konzepts in Nachbarländer
5. Gewährleistung einer vollständigen, wirksamen und transparenten Umsetzung der Binnenmarktvorschriften
6. Rasche Entwicklung einer EU-weiten regionalen Energie-Kooperation unter Einbindung regionaler Märkte in den EU-Binnenmarkt sowie dessen Weiterentwicklung und Vernetzung
7. Annahme eines realistischen und weit reichenden Aktionsplans zur Energieeffizienz
8. Ausarbeitung einer langfristigen Strategie zu erneuerbaren Energien und Durchführung des Aktionsplans für Biomasse
9. Abschluss der Überprüfung des Emissionshandelssystems der EU als eines Instruments, mit dem die Ziele im Bereich Klimaänderungen auf kosteneffiziente Weise erreicht werden

Damit die oben beschriebenen prioritären Maßnahmen auf der Ebene der Betroffenen und durch sie auf kohärente und doch flexible Weise umgesetzt und die Auswirkungen der von einem Mitgliedstaat ergriffenen Maßnahmen auf andere Mitgliedstaaten nach Möglichkeit begrenzt werden, sollten gemeinsame, auf einen mittel- bis langfristigen Zeitraum bezogene allgemeine Leitlinien zu den verschiedenen Teilbereichen der Energiepolitik aufgestellt werden, und zwar auf eine Weise, die der Eigenverantwortung derjenigen, die diese Politik umsetzen werden, zuträglich ist. Dabei sollte für eine möglichst große Kohärenz auf Gemeinschaftsebene gesorgt und den besonderen Merkmalen der Mitgliedstaaten Rechnung getragen werden. Ferner wird die Kohärenz zwischen den Politikbereichen eine bessere Abstimmung zwischen den zuständigen Ratsformationen erfordern.

Der Rat sieht mit Interesse dem Weißbuch entgegen, das das Ergebnis des Konsultationsprozesses sein wird, der in Kürze ausgehend von dem Grünbuch anlaufen wird; er ist bereit, ausgehend vom Ergebnis der Frühjahrstagung des Europäischen Rates einen Beitrag zur künftigen Entwicklung der europäischen Energiepolitik und den damit in Verbindung stehenden politischen Strategien zu leisten.
